WerteInitiative fordert Verbot des Al-Quds-Marsches in Berlin

12. März 2020



Berlin (KNA) Der Verein WerteInitiative fordert ein Verbot des umstrittenen Al-Quds-Marsches in Berlin. „Die Menschen, die dort marschieren, tun dies vereint im Hass gegen Juden und Israel“, schreibt der Vorsitzende des Vereins, Elio Adler, in einem Gastbeitrag in der „Welt“ (Mittwoch). Die Menschen lehnten zudem die freiheitlich-demokratische Gesellschaft ab. Deswegen solle Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) ein Verbot des Al-Quds-Marsch anstreben und „notfalls die Gerichte entscheiden lassen“.

Ein Verbot des „Aufmarsches dieser Freiheitsfeinde“ sei seit Dezember demokratisch legitimiert durch den Hisbollah-Beschluss des Bundestages, in dem die Bundesregierung zu einem Verbot der Organisation aufgefordert worden sei, so Adler. Der Al-Quds-Marsch, findet jährlich zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan statt und trifft in der Regel auf Gegendemonstranten. In diesem Jahr soll er am 16. Mai stattfinden.

Im vergangenen Jahr waren es deutlich weniger Teilnehmer als die zunächst erwarteten 2.000. „Durch strengere Auflagen der Berliner Sicherheitsbehörden wurde zwar die martialische HisbollahSymbolik reduziert, dennoch kommen die Teilnehmer und das

Organisationsteam ohne Bekenntnis zu Terrororganisationen nicht aus“, so Adler. Ein Gang vor Gericht sei ein Versuch, „Berlins Straßen vor Hass zu schützen“.

Der 2018 gegründete Verein WerteInitiative ist nach eigenen Angaben eine zivilgesellschaftliche jüdische Stimme in Deutschland. Er setzt sich demnach für die Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland und Europa ein.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - kknll-89-00019)

Stand: 13. November 2026